

Reljić, Dušan

Research Report

Montenegros Zukunft nach wie vor ungewiß

SWP-Aktuell, No. 3/2002

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Reljić, Dušan (2002) : Montenegros Zukunft nach wie vor ungewiß, SWP-Aktuell, No. 3/2002, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254360>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Montenegros Zukunft nach wie vor ungewiß

Dušan Reljić

Bis Ende Februar wollen Belgrad und Podgorica unter Vermittlung der Europäischen Union darüber entscheiden, wie die jugoslawische Teilrepublik Montenegro ihr Verhältnis zum größeren Partner Serbien regelt. Belgrad beharrt auf einer »reformierten Föderation mit einem Mindestmaß an Funktionen«, wogegen Podgorica auf volle Souveränität pocht und allenfalls ein Zusammengehen der beiden Staaten nach dem Muster der EU befürwortet. Nach Einzelgesprächen mit dem Außenpolitischen Beauftragten der EU, Javier Solana, in Brüssel Mitte Februar wird ein neues serbisch-montenegrinisches Gipfeltreffen in Belgrad erwartet.

Am 4. Februar haben in Brüssel serbische und montenegrinische Wirtschaftsexperten mit Vertretern der EU über die Auswirkungen einer möglichen Auflösung der süd-slawischen Föderation auf die Annäherung Belgrads und Montenegros an die EU beraten. Diese Erörterungen hätten gezeigt, so Solana, daß Serbien und Montenegro, wenn sie in der BRJ zusammenbleiben, den schnellsten Weg wählen würden, um an der Europäischen Integration teilzunehmen. Solana hatte die Beratung am 25. Januar in Belgrad bei einer Zusammenkunft mit den serbischen und montenegrinischen Führungsspitzen durchgesetzt. Vorangegangen war eine Serie erfolgreicher innerjugoslawischer Gespräche.

Die Ungewißheit über Montenegros Zukunft verzögert die weitere Normalisierung innerhalb Serbiens. Auswirkungen auf die anderen schwelenden Krisenherde in

der Region sind festzustellen: Kosovo, Makedonien und Bosnien-Herzegowina. Die Spannungen innerhalb Montenegros dürften virulenter werden, sollte es zu der angekündigten Volksbefragung über die Unabhängigkeit kommen. Auch in Kosovo und Makedonien stehen die Zeichen auf mehr Gewalt.

Die EU und die USA haben sich eindeutig gegen eine Abspaltung Montenegros ausgesprochen. Während Berlin und auch andere westliche Regierungen Podgorica vor »unilateralen Schritten« warnen, die »unkalkulierbare Risiken bergen und destabilisierende Auswirkungen auf die Region haben können«, gibt es, besonders in den USA, nicht zu unterschätzende Stimmen gegen die Bewahrung der BRJ. So argumentiert der Völkerrechtler Paul Williams von der American University in Washington, einst Berater der kosovo-

albanischen Delegation bei den Verhandlungen in Rambouillet, daß ein unabhängiges Montenegro das Ende des Projekts Groß-Serbien darstelle und somit »im strategischen Interesse Europas und der USA« liege.

Erfolgreiche Gespräche

Die von Solana eingeleiteten Expertengespräche zwischen den Vertretern der montenegrinischen und serbischen Behörden sowie der Bundesregierung Jugoslawiens über eine Neufassung der Beziehungen zwischen Serbien (ca. acht Mio. Einwohner, ohne Kosovo) und Montenegro (ca. 650 000 Einwohner) begannen am 24. Dezember 2001 in Belgrad in Anwesenheit von Beobachtern aus der Europäischen Union. Die drei Gesprächsrunden brachten keine Annäherung. Die wichtigsten strittigen Punkte sind:

- ▶ Podgorica will für jeden der beiden Staaten einen eigenen Sitz in der UN-Vollversammlung sowie eine Armee; Belgrad dagegen will eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik.
- ▶ Podgorica will im Rahmen einer Zollunion den Euro als Währung sowie niedrige Importzölle beibehalten; Belgrad dagegen will nicht auf den Dinar und höhere Zölle zum Schutz der einheimischen Produktion verzichten.
- ▶ Podgorica will für Bürger und Unternehmen in beiden Ländern einen gleichberechtigten gesetzlichen und wirtschaftlichen Status beibehalten; Belgrad kündigte an, im Falle einer Abspaltung die Bürger Montenegros in Hinblick auf Zugang zum Studium, Arbeitsmarkt oder medizinische Versorgung wie alle anderen Ausländer zu behandeln.

Der montenegrinische Präsident Đukanović hat eine Fortsetzung der Expertengespräche als wenig sinnvoll abgelehnt. Er beharrt auf der Abhaltung eines Volkentscheids »Ende April oder Ende Mai« als einzigen Ausweg. Wegen des enormen Größenunterschieds lasse sich grundsätzlich kein gleichberechtigtes Verhältnis

zwischen Montenegro und Serbien erreichen. Darüber hinaus sei die politische und wirtschaftliche Entfremdung unumkehrbar. Montenegro hat 1999 den jugoslawischen Dinar als Nationalwährung abgeschafft und die D-Mark bzw. ab 1. Januar 2002 den Euro eingeführt. Finanzbeziehungen zwischen Belgrad und Podgorica existieren fast nicht mehr, beide Teilstaaten haben ihr eigenes Zollregime, Montenegro auch ein eigenes Außenministerium.

Die erstarkte projugoslawische Opposition in Montenegro lehnt jedoch ein Referendum ab und setzt auf einen Erfolg bei den Kommunalwahlen im Frühjahr, die sie als vorgezogene Entscheidung über die »Staatsfrage« darstellen könnte. Zudem läuft Ende des Jahres Đukanovićs fünfjährige Amtszeit ab – sollte er mit dem Versuch scheitern, aus Montenegro einen unabhängigen Staat zu machen, könnte ein schnelles Ende seiner politischen Karriere bevorstehen.

Die Einstellung zu Montenegro scheint eines der wenigen Themen zu sein, über die der jugoslawische Präsident Vojislav Koštunica und Serbiens Premier Zoran Đinđić nicht streiten. Sie wiederholen, daß Belgrad jeden Ausgang des Referendums annehmen wird, drängen aber die EU, auch nach Ende der Expertengespräche zu vermitteln. Besonders wichtig sei die Klärung der Modalitäten im Falle eines Referendums. Die OSZE hat Podgorica dringend geraten, im Einklang mit internationalen Gepflogenheiten eine erforderliche Mehrheit festzulegen (ohne sie zu präzisieren). Der US-Botschafter in Belgrad, William Montgomery, hat der politischen Führung in Podgorica nahegelegt, ein Mindestmaß von 55 Prozent »Ja«-Stimmen der abgegebenen Stimmen vorzusehen, um den Ausgang des Votums als legitim zu betrachten. Die Regierung in Podgorica geht aber davon aus, daß der Ausgang der Volksbefragung auch dann akzeptabel sein soll, wenn für eine der Alternativen nur 50 Prozent und eine Stimme abgegeben werden, ohne Rücksicht auf die absolute Zahl der Referendumsteilnehmer.

Politische Spannung und wirtschaftliche Misere in Montenegro

In Montenegro ist seit Jahresbeginn die politische Spannung spürbar gestiegen. Das Regierungslager scheint zu einem harten Durchgreifen bereit zu sein – so wurden in Berane, einer jugoslawischen Hochburg, zwei Unabhängigkeitsgegner in einem Schnellverfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu Gefängnisstrafen zwischen 12 und 18 Monaten verurteilt. Bei den Weihnachtsfeiern am 6. Januar in dieser Stadt hinderten aufgebrauchte Angehörige der serbisch-orthodoxen Kirche die Unterstützer der neugegründeten montenegrinisch-orthodoxen Kirche daran, eine eigene Zeremonie abzuhalten.

Đukanovićs Flucht nach vorne hat mehrere Gründe:

- ▶ Für einen unabhängigen und souveränen Staat Montenegro sprachen sich Ende Januar 2002 in einer Meinungsumfrage 46,7 Prozent der Befragten aus und gegen eine solche Option 41,9. Etwa sechs Prozent der Befragten wollten sich nicht äußern, und fünf Prozent hatten nicht die Absicht, am Referendum teilzunehmen. Gleichzeitig übernahm zum ersten Mal seit den Parlamentswahlen vom April 2001 das oppositionelle Bündnis die Führung in der Gunst der Wähler: 36,8 Prozent der Befragten äußerten Vertrauen in die Opposition, während das regierende Bündnis 33,3 Prozent Zustimmung erhielt. Đukanovićs »Demokratische Partei der Sozialisten« (DPS) bekam jedoch nach wie vor die meiste Unterstützung von allen Parteien (26,2%); auf den zweiten Platz kam die oppositionelle »Sozialistische Volkspartei« von Pavle Bulatović mit 20,9 Prozent.
- ▶ Bei den montenegrinischen Parlamentswahlen am 22. April 2001 errang Đukanovićs Bündnis 36 von 77 Sitzen und hat somit keine überzeugende Mehrheit im Parlament. Schon die Präsidentschaftswahlen 1997 gewann Đukanović mit einem Vorsprung von nur 5488 Stimmen vor seinem früheren engsten Verbündeten, Momir Bulatović. Die Gegner werfen ihm jetzt vor, daß er die Abtrennung Montenegros gegen den Wunsch der Mehrheit innerhalb der Titularnation im Staat durchsetzen will, da er seinen Sieg den sogenannten ethnischen Stimmen verdanke, also dem geschlossenen Votum der albanischen Minderheit im Lande (etwa 50 000).
- ▶ Đukanović ist von verschiedenen Seiten unter Beschuß geraten. So verlangt die kleine Liberale Partei radikalere Schritte in Richtung Sezession und droht, der Regierung die Duldung im Parlament zu entziehen und sie so zu stürzen. Andererseits ist Đukanovićs engster politischer Verbündeter, der stellvertretende DPS-Vorsitzende Svetozar Marović, auf Distanz zur Sezession gegangen und hat sogar seinen Rücktritt angeboten. Damit scheint sich Marović eine gute Ausgangslage als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr sichern zu wollen für den Fall, daß Đukanovićs »Alles oder nichts«-Spiel mißlingt.
- ▶ Die Lage der Regierungskoalition wird auch wegen der Wirtschaftslage immer schwieriger. Es ist ungewiß, welche der wenigen Industrieanlagen weiterarbeiten können, einige stehen schon jetzt still. Während des Winters vergeht fast kein Tag ohne lange Stromabschaltungen. Das Budget wird zu einem beträchtlichen Teil durch westliche, vor allem US-Hilfe gedeckt. Nach Angaben aus der Opposition wurden jedoch die amerikanischen Zuwendungen in diesem Jahr auf 60 Millionen Dollar gekürzt – im Vorjahr betragen sie noch 89 Millionen. Ein Großteil der Bevölkerung ist direkt von der Staatskasse abhängig. So lebt jeder achte Einwohner Montenegros im Ruhestand, von den 86 000 Rentenbeziehern sind 14 000 jünger als 55 Jahre.
- ▶ Das Ansehen der Regierung ist zudem wegen zahlreicher Berichte über die Verstrickung amtlicher Stellen in Korruption und organisierte Kriminalität angeschlagen. Etwa 1200 ausländische Off-Shore-Firmen sind in Montenegro

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf

registriert (davon 400 für Bankgeschäfte), die unter minimaler Behördenkontrolle arbeiten. Montenegro gilt als wichtiger Umschlagplatz für den europäischen Zigarettschmuggel. Nach Angaben des montenegrinischen Zolls sind allein zwischen dem 18. August 1999 und dem 26. September 2001 im Adriahafen Bar Schiffsladungen mit 28 000 Tonnen ausländischer Zigaretten gelöscht worden. Die jugoslawische Flugaufsicht registrierte in Podgorica zwischen Dezember 1995 und Mai 1998 433 Landungen von Cargoflugzeugen mit Zigaretten aus Bulgarien, Rumänien, der Tschechischen Republik, Rußland und der Ukraine.

Regionale und internationale Auswirkungen

In Serbien stocken wegen der ungeklärten Zukunft des Bundesstaates die Vorbereitungen für eine weitreichende Verfassungsänderung, die Überreste aus der Milošević-Zeit aufräumen soll. Außerdem muß bis zum 21. November 2002 der neue serbische Präsident gewählt werden. Sollte sich bis zu diesem Zeitpunkt Montenegro abgespalten haben und die BRJ nicht mehr bestehen, wird sich mit allergrößter Wahrscheinlichkeit der dadurch arbeitslos gewordene Bundespräsident Koštunica um das Amt des serbischen Präsidenten bewerben und, nach der jetzigen Stimmungslage zu urteilen, mühelos gewinnen. Eine Kohabitation zwischen dem Traditionalisten Koštunica als serbischem Präsidenten und dem Modernisierer Đinđić als Premier ist wenig erfolversprechend, so daß mit einer Fortsetzung der innenpolitischen Konflikte zu rechnen ist.

In Kosovo wird der Ausgang der Verwicklungen in Montenegro wegen der möglichen Auswirkungen auf die Bemühung der albanischen Politiker um die endgültige Abtrennung der Provinz von Serbien aufmerksam verfolgt. Nach deren Meinung würde, im Falle der Abspaltung Podgoricas, Kosovo als autonome Einheit der ehemali-

gen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien genauso das Recht auf Selbstbestimmung ausüben dürfen. Sollte hingegen die BRJ durch den Verbleib Montenegros in der Föderation gestärkt werden, wäre das auch ein Rückschlag für die angestrebte Sezession Kosovos. Extremistische albanische Kräfte könnten bei diesem Ausgang zu einer erneuten Eskalation der Gewalt verleitet werden, in der Hoffnung, dadurch ein »Endspiel« für Kosovo zu erzwingen.

Die Stabilisierung der BRJ und insbesondere die Wahrung der staatlichen Einheit zwischen Serbien und Montenegro könnten grundsätzlich die Erfolgsaussichten extremistischer nationalistischer Kräfte in der Region beeinträchtigen, die auf einen weiteren staatlichen Zerfall, zum Beispiel Makedoniens oder Bosniens, setzen. Der Westen steht vor der Herausforderung, durch nicht nachlassende politische, wirtschaftliche und militärische Einwirkung auf die Region den nationalistischen Extremismus als wichtigste Ursache möglicher Konflikte weiter zurückzudrängen. Gleichzeitig muß zusammen mit den regionalen Akteuren nach realistischen Wegen zur Sicherung einer friedlichen regionalen Reintegration Südosteuropas und für den Anschluß an die EU gesucht werden.